

Ganz der Chefdiplomat

Mit einer einzigen Bemerkung hat Boris Johnson die Lage einer Britin verschlechtert, die in Iran inhaftiert ist. Nun versucht er, es wiedergutzumachen.

Von Jochen Buchsteiner

LONDON, 15. November
Seit Boris Johnson vor sechzehn Monaten zum britischen Außenminister ernannt wurde, überstand er manchen Fehltritt. Aber keiner verfolgte ihn so hartnäckig, wie der, den er sich Anfang des Monats vor einem Parlamentsausschuss leistete. Da hatte er sich zu der aus politischen Gründen in Iran eingesperrten Britin Nazanin Zaghari-Ratcliffe geäußert – und mit einer einzigen Bemerkung ihre Lage verschlechtert. Seit zehn Tagen schon verlangen Labour-Politiker deshalb Johnsons Rücktritt. Am Mittwoch ging der Außenminister in die Offensive und lud Zaghari-Ratcliffes in London lebenden Ehemann ins Foreign Office ein.

Johnson hatte sich am 1. November vor dem Auswärtigen Ausschuss im Unterhaus über die iranische Justiz empört, die Zaghari-Ratcliffe wegen umstürzlerischer Versuche und Spionage vor 19 Monaten ins Gefängnis gesteckt hat, und angefügt: „Wenn ich mir angucke, was Nazanin Zaghari-Ratcliffe getan hat, dann war es einfach nur, Leuten Journalismus beizubringen, so wie ich das verstehe.“ Die harmlos klingende Einlassung war brisant, weil sie der offiziellen Verteidigungslinie zuwiderlief. Laut ihres Rechtsbeistands, ihres Arbeitgebers und ihrer Familie hatte sich Zaghari-Ratcliffe im April 2016 aus rein persönlichen Gründen in Iran aufgehalten und mit ihrer kleinen Tochter Zeit bei den Großeltern verbracht. Johnsons Bemerkung wuchs sich zu einer Affäre aus, als die iranische Justiz vier Tage nach seinem Auftritt eine weitere Anklage wegen „Propaganda“ gegen Zaghari-Ratcliffe erhob. Die neuen Vorwürfe, die laut „Guardian“ schon vor Johnsons Ausschuss-Außerung vorbereitet waren, könnten die Haftstrafe der Frau um weitere fünf Jahre verlängern. Die Regierung in Teheran hat demontiert, dass die neue Anklage mit Johnsons Äußerungen zu tun habe, gleichwohl nutz-



Einfach mal den Mund halten: Boris Johnson empfängt den Ehemann der inhaftierten Zaghari-Ratcliffe im Foreign Office. Foto AP

te sie der iranische Staatsfunk, um die Argumentation Zaghari-Ratcliffes in Frage zu stellen.

Der iranische Generalstaatsanwalt hatte im Oktober erklärt, dass Zaghari-Ratcliffe im Gefängnis sitze, weil sie einen Kurs für Online-Journalisten des BBC-Iran-Programms geleitet habe – „mit dem Ziel, Leute zu rekrutieren und auszubilden, die Propaganda gegen Iran verbreiten“. Das regimekritische Iran-Programm der BBC wird von Teheran seit langem als Instrument des britischen Geheimdienstes betrachtet. Zaghari-Ratcliffe, die sowohl den britischen als auch den iranischen Pass besitzt, hatte vor Jahren für die „BBC Media Action“ gearbeitet, eine Abteilung des britischen Staatssenders, die sich als „Wohlfahrtsorganisation“ versteht und „die Macht der Medien und der Kommunikation nutzt, um Armut zu vermindern und Menschen dabei zu unterstützen, ihre Rechte wahrzunehmen“. Vor ihrer Festnahme war Zaghari-Ratcliffe für die „Thomson Reuter Foundation“ tätig, die ebenfalls Journalisten ausbildet.

Johnson hatte sich nach seinem Auftritt um Schadensbegrenzung bemüht. Er

hätte sich „klarer ausdrücken müssen“, sagte er im Parlament. Mit seiner Kritik daran, dass Journalisten-Ausbildung in Iran als Verbrechen geahndet wird, habe er keineswegs „iranischen Vorwürfen Glaubwürdigkeit schenken wollen“, dass Frau Zaghari-Ratcliffe mit solchen Aktivitäten zu tun hatte“. Diese Erklärung wurde allgemein als unzureichend empfunden, so dass Johnson wenige Tage später nachlegte: „Die britische Regierung hat keinen Zweifel, dass Frau Zaghari-Ratcliffe Urlaub in Iran gemacht hat und dass dies der einzige Grund ihres Aufenthalts gewesen ist.“ Zudem entschuldigte er sich bei Zaghari-Ratcliffe und ihrer Familie, „sollte ich unabsichtlich weiteres Leid verursacht haben“. Beigelegt war die Sache aber auch damit nicht. Zusätzliche Verwirrung stiftete Umweltminister Michael Gove, der zu Protokoll gab, er habe keine Ahnung, warum Zaghari-Ratcliffe in Iran gewesen sei.

Die „Times“ berichtete am Wochenende, dass die 38 Jahre alte Zaghari-Ratcliffe immer wieder in Einzelhaft sitze und „Qualen“ ausgesetzt sei. Ihr sei bei Verhören eine Kapuze über das Gesicht gezogen worden. Zudem setzten die Ira-

ner das Besuchsrecht ihrer kleinen Tochter als Druckmittel ein. Das Kleinkind wird zur Zeit von den Eltern der Gefangenen in Teheran betreut und darf nicht zu seinem Vater reisen. Eine unlängst entlassene Zellennachbarin berichtete der „Times“, dass Zaghari-Ratcliffes körperlicher und seelischer Zustand beunruhigend sei. Ihr Ehemann Richard Ratcliffe durfte offenbar einige Male mit ihr telefonieren, sah aber aus Furcht vor einer Festnahme vor einem Flug nach Teheran ab.

In dem Gespräch mit Johnson wurde nun die Möglichkeit erörtert, ob er den Außenminister auf dessen im Dezember geplantes Iran-Reise begleiten kann, berichtete Ratcliffe am Mittwoch. Diskutiert wurde auch die Bitte, seiner Frau „diplomatischen Schutz“ zu gewähren, was London nach internationalem Recht zu diplomatischen Maßnahmen berechtigen würde. Er hoffe, dass seine Frau zu Weihnachten zurück in London sei, sagte Ratcliffe. Johnson bekräftigte, dass seine Diplomaten „keinen Stein ungewendet“ lassen würden, um die Freilassung von Zaghari-Ratcliffe zu erreichen. Man nehme „alle Fälle unserer in Iran inhaftierten Doppelstaatsbürger“ sehr ernst.

Auf dem Weg zur dritten Revolution der Kriegführung

Die UN erwägen ein Verbot autonomer Waffen – doch deren Potential fasziniert viele Armeen / Von Morten Freidel

FRANKFURT, 15. November. Seit Montag verhandeln Staatenvertreter am Sitz der Vereinten Nationen in Genf über ein Verbot autonomer Waffen. Was darunter zu verstehen ist, machten Friedensaktivisten gleich zu Beginn mit einem Video klar. Es zeigt ein erfundenes Szenario: Eine Rüstungsfirma stellt eine Miniaturdrohne vor, die sich eigenständig bewegt und Menschen mit einer Sprengladung tötet. Um sie auf ihr Ziel anzusetzen, muss der Nutzer nur Profilbilder seiner Opfer, etwa aus sozialen Netzwerken, hochladen. Den Rest erledigt die Drohne. Doch als sie in die falschen Hände gerät, erschüttert eine Serie von Morden das Land: Politiker und Schüler verlieren ihr Leben, die Täter werden nicht gefunden.

Die Gespräche über autonome Waffen finden im Rahmen des UN-Waffenübereinkommens statt. Deren Mitgliedstaaten ächten Waffen, die besonders unethisch sind. Mitte der neunziger Jahre verboten sie zum Beispiel Blendlaser, durch die Soldaten dauerhaft erblinden können. Das Verbot trat in Kraft, noch bevor Militärs solche Waffen vollständig entwickelt, geschweige denn eingesetzt hatten.

Autonome Waffen hingegen existieren nicht nur in Science-Fiction-Filmen; sie kamen schon zum Einsatz. Eine israelische Rüstungsfirma hat zum Beispiel eine Kamikaze-Drohne entwickelt mit dem Namen Harop. Sie sieht aus wie ein Düsenflugzeug in Miniaturformat und kann, einmal gestartet, stundenlang über dem Gefechtsfeld kreisen. Die Drohne hat den Zweck, feindliche Luftabwehrsysteme auszuschalten. Dazu fängt sie Radiowellen ab und sucht sich ihr Ziel selbst aus. Hat sie ein lohnenswertes gefunden, stürzt sich die Drohne darauf. Findet sie keines, kehrt sie von selbst zur Basis zurück. All das geschieht mit Hilfe von Algorithmen, die denen selbstfahrender Autos gleichen. Die Harop ist eine ideale Waffe für alle Armeen, die sich keine schlagkräftige Luftwaffe leisten können. Die aserbaidschanische Armee setzte im vergangenen Jahr eine Harop im Grenzkonflikt mit Armenien in Nagornoj Karabach ein, sie tötete nach Angaben des armenischen Verteidigungsministeriums sieben Reservisten.

Das Pentagon ist noch weiter. Es erprobte im vergangenen Jahr einen Schwarm sogenannter Perdix-Drohnen. Die Perdix ist nur ein paar Zentimeter breit. Ein Kampfflugzeug warf Hunderte dieser Drohnen über dem Testgebiet ab, wo sie sich eigenständig versammelten und verschiedene Manöver flogen. Mit der Drohne will das Pentagon den Feind verwirren. Ihre Zielerfassungssysteme sollen so viele Punkte am Himmel ansieweren, dass die Soldaten nicht mehr wissen,

worauf sie schießen sollen. Die Perdix ließe sich aber ohne großen Aufwand zu einer Angriffswaffe umfunktionieren, dazu müsste man sie nur mit Sprengstoff ausstatten. Der Schwarm könnte dann einen gegnerischen Verband angreifen. Eine solche Waffe hätte mehrere Vorteile: Wenn die Software erst einmal funktioniert, ließe sie sich günstig herstellen. Die Hüllen könnte das Militär mit 3D-Druckern ausdrucken; daran forscht die amerikanische Armee bereits. Außerdem schonen autonome Waffen die eigenen Kräfte.

Auch Russland forscht deshalb auf diesem Gebiet. Der Waffenhersteller Kalaschnikow gab im Juli bekannt, er habe einen vollautomatischen Geschützturm entwickelt, der Ziele erfasst und das Feuer eröffnet, ohne dass ein Mensch eingreifen muss. Schon vor drei Jahren behauptete ein Sprecher von Russlands strategischen Raketenstruppen, dass selbstfahrende Kleinpanzer Raketensilos und Waffendepots bewachen würden. Sie sollen in der Lage sein, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden, und bei Bedarf das Feuer eröffnen.

Selbst die Bundeswehr hat das Potential autonomer Drohnen und Roboter erkannt. In einem Thesenpapier, das vor wenigen Wochen öffentlich wurde, legen Strategen des Heeres dar, wie sie sich den Krieg in Zukunft vorstellen: Kampfhubschrauber sollen von Drohnenschwärmen begleitet werden, die die Luftabwehr des Gegners täuschen. Einige Drohnen sollen vorausfliegen und den Piloten Zielmarkierungen liefern. Wenn Panzergrenadiere eine Stadt zurückerobern, sollen sie automatische Geschütztürme einsetzen, sogenannte Sentry Guns, „um Räume, Korridore, Höfe etc. zu sichern und eigene Kräfte zu sparen“. Auf Nachfrage heißt es aus dem Heer, Sentry Guns seien eine Forderung der Nato an ihre Mitgliedstaaten. Immer wieder heben die Autoren des Dokuments hervor, wie wichtig autonome Waffen sind, um den Mangel auf dem Schlachtfeld auszugleichen. Denn die Bundeswehr hat nicht genügend Panzer, geschweige denn Rekruten.

Kritiker befürchten, dass die Nachteile autonomer Waffen ihre militärischen Vorteile bei weitem überwiegen. Sie könnten die strategische Stabilität gefährden, warnt etwa Politikwissenschaftler Frank Sauer von der Universität der Bundeswehr in München. Sind die Waffen erst einmal erprobt, stehen sie nicht nur Großmächten offen, sondern vermutlich auch jedem Schurkenstaat. Denn sie können viel einfacher hergestellt werden als andere Waffensysteme. Zudem können sich Hacker der Waffen bemächtigen. Im August forderten der amerikanische Unternehmer Elon

Musk und führende Robotik-Experten die UN deshalb in einem offenen Brief auf, autonome Waffen zu verbieten. Sie drohten zur „dritten Revolution der Kriegführung“ zu werden – nach der Erfindung des Schießpulvers und der Atombombe. Dem Aufruf schlossen sich vor dem Treffen in Genf in dieser Woche mehrere führende Wissenschaftler aus Australien und Kanada an. Das wichtigste Argument der Kritiker ist, dass autonome Waffen dem Soldaten die Entscheidung entziehen, gegen wer er tödliche Gewalt einsetzt.

Deshalb hat das amerikanische Militär in einer Direktive festgelegt, dass immer ein Mensch über den Waffeneinsatz entscheiden muss. Das ist auch die Position der geschäftsführenden Bundesregierung. Im alten Koalitionsvertrag steht, Deutschland werde sich für die völkerrechtliche Ächtung „vollautomatisierter Waffensysteme“ einsetzen, „die dem Menschen die Entscheidung über den Waffeneinsatz entziehen“. Diese Position haben Frankreich und Deutschland in einem inoffiziellen Arbeitspapier beim UN-Expertentreffen noch einmal bekräftigt. Beide Länder setzen sich für eine Absichtserklärung ein, in der festgehalten wird, „dass Menschen weiterhin in der Lage sein sollten, ultimative Entscheidungen im Hinblick auf den Einsatz tödlicher Gewalt zu treffen“. Sie sollen außerdem „ausreichende Kontrolle über tödliche Waffensysteme“ ausüben. Das deutsche Heer hebt in seinem Thesenpapier ebenfalls hervor, dass immer ein Soldat die Kontrolle über den Waffeneinsatz haben müsse.



Stürzt sich von selbst auf den Gegner: die israelische Harop-Drohne

Foto Laif

Ein schwieriges Verhältnis

Wie steht die Linke zum Islam? / Von Michaela Wiegel

PARIS, 15. November. Es sind schwere Vorwürfe, die der Redaktionsleiter von „Charlie Hebdo“, Riss, am Mittwoch in Paris erhebt. „Charlie Hebdo“ sei ein zweites Mal zum Tode verurteilt worden, schreibt er in einem Kommentar. Riss ist ein Überlebender des islamistischen Terroranschlags auf die Redaktion. Am 7. Januar 2015 war er in der Redaktion zugegen und wurde an der Schulter verletzt, als die Brüder Kouachi acht Mitarbeiter erschossen. Seither arbeiten die Zeichner und Redakteure unter noch schärferen Sicherheitsvorkehrungen und unter ständigem Polizeischutz. Der Kommentar richtet sich namentlich gegen Edwy Plenel, den einflussreichen Enthüllungsjournalisten vom Internetportal „Mediapart“ – aber eigentlich soll er alle aufrütteln, besonders jene Linken, die lieber vor einer Stigmatisierung der Muslime warnen, statt die Risiken islamischer Indoktrinierung durch Gurus wie den Islamwissenschaftler Tariq Ramadan ernst zu nehmen. Plenel hatte wenige Tage zuvor in einer Radiosendung bei France Info behauptet, „Charlie Hebdo“ beteilige sich an einer „allgemeinen Kampagne ... deren Obsession der Krieg gegen die Muslime ist, die Verteufelung von allem, was den Islam und die Muslime betrifft“. „Diesen Satz können wir niemals verzeihen“, schreibt Riss jetzt, „dieser Satz ist keine Meinung, er ist ein Aufruf zum Mord.“ Plenel habe auf diese Weise „Charlie Hebdo“ als vermeintlichen Aggressor aller Muslime preisgegeben und „jene bestärkt, die morgen das Werk der Kouachi-Brüder vollenden wollen“.

Nur zwei Tage nach dem offiziellen Gedenken an die Terroropfer der Pariser Anschläge vom 13. November 2015 hat das Schlagwort vom „Krieg gegen die Muslime“ alte Wunden aufgerissen. Nun wird allenthalben in Frankreich heftig debattiert. Es sei keine „kleine Polemik“, sondern eine Grundsatzfrage, bekundete der frühere Premierminister Manuel Valls, der selbst ins Visier der Kritik von Plenel geraten ist. Wenn Linke wie Plenel von einem „Krieg“ oder „Kreuzzug gegen die Muslime“ sprächen, bedienten sie sich beim Vokabular der Terrororganisation „Islamischer Staat“, sagte Valls am Mittwoch im Fernsehen. Präsident Emmanuel Macron hat sich bislang aus der Debatte herausgehalten. Aber sein Ansatz, ohne Worte der Opfer des Terrors zu gedenken, wird kritisiert. Ziel sollte es wohl sein, die Resilienz des Landes hervorzuheben. Macron legte an den Attentatsorten Kränze nieder, ließ Luftballons steigen und weinte mit den Hinterbliebenen. „Dass der Präsident nur Luftballons steigen lässt, während wir im Krieg gegen den Terrorismus seine Antworten erwarten, das bestürzt mich“, kritisierte die Schriftstellerin Malika Sorel, die sich im Kampf gegen den Islamismus engagiert.

Rom wehrt sich gegen Kritik

„Haben über humanitäre Probleme in Lagern unterrichtet“

jöb. ROM, 15. November. Italien sieht sich nicht allein verantwortlich für die „unmenschlichen Zustände“, in denen schwarzafrikanische Migranten in libyschen Lagern leben. Auf die Kritik des UN-Menschenrechtskommissars Zeid Raad al Hussein an der von der EU verantworteten Flüchtlingspolitik stellte das italienische Außenministerium am Dienstagabend fest, Rom habe von Anfang an alle Mitgliedsländer über die humanitären Probleme in den Auffanglagern unterrichtet. „Seit Monaten bitten wir alle, ihren Einsatz zu erhöhen, und zugleich auch die libyschen Kräfte, allen Menschen in den Lagern akzeptable und menschenwürdige Bedingungen zu bieten.“ Auf die Forderung, diese Lager zu schließen, ging das Außenministerium nicht ein. Vielmehr forderte es eine „schnelle und effiziente Aktion, um die Rechte und die Würde der Menschen zu sichern“.

Das Innenministerium reagierte nicht, obwohl Minister Marco Minniti in den vergangenen Monaten mit verschiedenen Clanführern und Bürgermeistern Vereinbarungen geschlossen haben soll, die zu einem Rückgang der Flüchtlingszahlen führten. Inhalt der Vereinbarung

Die Frage über den Umgang mit dem Islam spaltet besonders die französische Linke. Den Vorwand für die Debatte bildet der Islamwissenschaftler Tariq Ramadan, der vor kurzem in den Verdacht sexueller Übergriffe und Vergewaltigungen geraten ist. Ramadan ist eine schillernde Gestalt, die in Frankreich großen Einfluss unter jungen Leuten in der Banlieue genießt. Unter dem Mantel des weltgewandten Islamgelehrten verführte er viele entwurzelte Jugendliche der Einwanderungsgenerationen, in einer strikten Ausübung des Islams Halt zu suchen. Plenel, der ein Buch mit dem Titel „Für die Muslime“ schrieb, debattierte gern öffentlich mit ihm.

Im Zuge der Weinstein-Enthüllungen erstatteten zwei Frauen gegen Ramadan Anzeige wegen Vergewaltigung. Die Universität Oxford beurlaubte Ramadan, und „Charlie Hebdo“ widmete ihm eine Titelseite. Auf dem Cover sieht man Ramadan mit einer Erektion: „Ich bin die sechste Säule des Islams“. Es folgten Beschimpfungen und Morddrohungen gegen „Charlie Hebdo“. Im von Plenel geleiteten Internetportal „Mediapart“ wurden die Vorwürfe gegen Ramadan jedoch verschwiegen. „Charlie Hebdo“ widmete daraufhin vergangene Woche eine neue Titelseite Plenel. Sein Markenzeichen, der buschige Schnurrbart, bedeckte mal die Augen, mal den Mund, mal die Ohren: „Affäre Ramadan – Mediapart enthüllt: Wir wussten von nichts“, lautete die Titelseite. Diese Karikatur gab den Anstoß für Plenels Ausfahrungen über einen „Krieg gegen die Muslime“, den „Charlie Hebdo“ und andere angezettelt hätten. Plenel behauptete, eine „verirrte Linke“ von Valls-Gefolgsleuten, „von Linken, die nicht mehr wissen, wo sie stehen“, habe sich mit der Rechten und der identitären extremen Rechten verbündet. Ihr Ziel sei es, alles zu verteufeln, was den Islam und die Muslime betreffe.

Plenel hingegen hat in der muslimischen Minderheit ein unterdrücktes Proletariat ausgemacht, das es in einem neuen Klassenkampf zu verteidigen gelte. Er sammelte in einer Petition Unterstützer gegen das Cover von „Charlie Hebdo“. Zu den 150 Unterzeichnern zählen Sozialisten und Grüne und der Ökonom Thomas Piketty. Die Titelseite von „Charlie Hebdo“ verglich Plenel mit dem berühmtesten „roten Plakat“, auf dem die Gestapo im besetzten Frankreich zehn Mitglieder der Widerstandsgruppe um Missak Manouchian als „Arme des Verbrechens“ zu verunglimpfen versuchte. Louis Aragon hat die Widerstandskämpfer in einem Gedicht „L'affiche rouge“ vor dem Vergessen bewahrt. Plenel schrieb sich jetzt selbst die Rolle eines „résistant“ zu. Einer seiner Mitarbeiter von „Mediapart“, der Journalist Antoine Perraud, verglich Manuel Valls mit Marcel Déat und Adrien Marquet, zwei Sozialisten, die als Nazi-Kollaborateure in die Geschichte eingingen.

China schickt Sonderbotschafter nach Nordkorea

PK. PEKING, 15. November. Kurz nach dem Besuch des amerikanischen Präsidenten Trump in Peking will die chinesische Regierung jetzt einen Sonderbotschafter nach Nordkorea schicken. Song Tao von der Internationalen Abteilung der Kommunistischen Partei werde die Führung in Nordkorea über die Ergebnisse des Parteikongresses in Peking unterrichten, berichtete die Nachrichtenagentur Xinhua am Mittwoch. Die Internationale Abteilung der Partei ist für die Beziehungen zu anderen kommunistischen Parteien und Regierungen zuständig. Beobachter erwarten, dass der chinesische Gesandte auch über den Konflikt um das nordkoreanische Atom- und Raketenprogramm sprechen wird. China gilt zwar als Schutzmacht Nordkoreas, doch sind die Beziehungen zwischen Pjöngjang und Peking

abgekühlt und, seit China die Sanktionen gegen Nordkorea nach seinem letzten Atomtest noch einmal verschärfte und Öllieferungen nach Nordkorea gestoppt hat, auf einem Tiefpunkt angelangt. Der amerikanische Präsident hatte in Peking darauf gedrängt, dass die chinesische Regierung mehr Druck auf Nordkorea ausüben sollte, sein Atom- und Raketenprogramm aufzugeben. In einem Tweet vermeldete Trump nach seinem Besuch in Peking, dass der chinesische Präsident Xi Jinping ihm eine Verschärfung der Sanktionen zugesagt habe. Xi Jinping und Trump hatten sich bei dem Besuch versichert, dass sie beide eine Denuklearisierung Koreas anstrebten. China fordert eine Verhandlungslösung für den Konflikt und fordert die Vereinten Staaten und Nordkorea zu Gesprächen auf.